

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW
Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann
Thouretstraße 6
70173 Stuttgart

Stuttgart, 14.05.2020

Kinder und Jugendliche aus Migrationsfamilien; Landesfamilienrat bietet seine Mitwirkung bei der Entwicklung von Konzepten an

Sehr geehrte Frau Ministerin,

die Situation von Familien mit und ohne Migrationshintergrund unterscheidet sich in der Corona-Krise nicht wesentlich. Das Virus macht natürlich keine Unterschiede, aber es trifft auf unterschiedliche Lebenslagen. Die getroffenen Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, Schließungen von Schulen, Kitas und Sportplätzen, das Wegbrechen der ambulanten sozialen Unterstützungsinfrastruktur, Einnahmeneinbrüche, Kurzarbeit, Angst vor Arbeitsplatzverlust oder Insolvenz treffen die Menschen ganz unterschiedlich und machen die soziale Spaltung deutlicher. Generell gilt: Die existenzielle Bedrohung durch „die Krise“ ist umso stärker, je geringer die jeweiligen Ressourcen sind. Familien mit Migrationsgeschichte sind tendenziell stärker von Armut betroffen, weshalb davon auszugehen ist, dass die „corona-bedingten“ Auswirkungen sie härter treffen als die Mehrheitsgesellschaft. Weitere spezifische Belastungen können bei ihnen hinzukommen. Gerade für die Bildungsverläufe der Kinder und Jugendlichen ist zu erwarten, dass hier der Schaden größer sein kann.

Mit diesem Schreiben möchten wir zum Internationalen Tag der der Familie am 15. Mai Ihren Fokus auf die Situation von Kindern aus Migrationsfamilien lenken. Während der Schließung von Kitas, Schulen und dem Wegfall von Freizeit- und Unterstützungsangeboten bitten wir um die besondere Berücksichtigung dieser Gruppe bei der notwendigen Entwicklung von geeigneten Konzepten.

Nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft ([IW](#)) haben ein Drittel aller Kinder aus wirtschaftlich benachteiligten Familien keinen Schreibtisch und sind beim Lernen eingeschränkt. Auch die mangelnde technische Ausstattung und der vielerorts vorherrschende digitale Notstand erschweren den Unterricht zu Hause. Unzureichende Wohnverhältnisse behindern die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und die ohnehin ungleich verteilten Bildungschancen werden zementiert.

Kinder mit Migrationshintergrund wachsen häufig mit einer nichtdeutschen Herkunftssprache auf, so dass ein in der aktuellen Situation geringerer Kontakt zu Muttersprachlern für ihre Sprachentwicklung ein Problem darstellen kann. Den Eltern mangelt es vielfach an Wissen, wie sie das Lernen und den Unterricht ihrer Kinder zu Hause unterstützen können. Vor allem für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien wird es zunehmend schwerer, beim Homeschooling mitzuhalten.

Der Landesfamilienrat und seine angeschlossenen Organisationen befürchten, dass ohne ein gutes Konzept der „nachgehenden Förderung“ ein erheblicher Teil der Kinder in diesen Zeiten abgehängt wird. Es ist daher zu befürchten, dass es vielfach Kinder aus migrantischen Familien sein werden, die zurück bleiben.

Aus gegebenem Anlass weist der Landesfamilienrat darauf hin, dass zügig gute Konzepte für die Rückkehr von Kindern und Jugendlichen in Schule und Kita entwickelt werden müssen. Wir fordern sowohl das regelmäßige „Kontakthalten“ mit Kindern und Familien während der Schulschließung bzw. der teilweisen Wiederöffnung des Unterrichts. Gleichzeitig braucht es unseres Erachtens eine intensive Begleitung dieser Kinder und Jugendlichen zurück in ihren Kita- und Schulalltag. Diese Begleitung muss in Form individueller Förderung auch nach der Wiederaufnahme des regulären Unterrichts fortgesetzt werden.

Einen besonderen Nachteil sehen wir für Kinder mit Migrationshintergrund, die in diesem Jahr eingeschult werden sollen. Ihnen mangelt es nicht nur - wie jedem anderen Kindergartenkind auch - an Anregungen, Kontakten, Spiel-, Sport- und Lernmöglichkeiten. Ihnen fehlt darüber hinaus ganz entscheidend die damit verbundene Sprachförderung als Voraussetzung für einen guten Start ins Schulleben. Der Landesfamilienrat fordert daher, alle Kinder von Alleinerziehenden, Kinder aus prekären Lebenssituationen sowie Kinder aus Migrationsfamilien in die Notbetreuung einzubeziehen.

In diesem Zusammenhang – auch vor dem Hintergrund, dass viele Eltern ihren Urlaubsanspruch inzwischen ausgeschöpft haben - schlagen wir eine Intensivierung von Freizeit- und Betreuungsangeboten in den Sommerferien vor, die ggf. mit Lernangeboten gekoppelt sind. Gerade diese Kinder brauchen besondere Unterstützungsmöglichkeiten, z.B. über Sommerschulen oder Nachhilfe durch geschulte Dozent*innen, wie sie bspw. Volkshochschulen, Einrichtungen der Familienbildung und andere anerkannte Bildungsträger bieten.

In all den oben aufgezeigten Problembereichen verfügt der Landesfamilienrat über entsprechende Erfahrungen und Expertise und ist gerne bereit, bei einer Konzeptentwicklung unterstützend mitzuwirken und sein Fachwissen einzubringen.

Für Ihre Antwort bedanke ich mich und grüße Sie freundlich
Ihre



Prof. Christel Althaus
Vorsitzende

Das Ministerium für Soziales und Integration BW, Herr Minister Manfred Lucha, erhält aus Gründen der Mit-Zuständigkeit ein gleichlautendes Schreiben.